



+ + Pressemitteilung + + Pressemitteilung + + Pressemitteilung + +

## Öko-Abgabe auf Plastiktüten einführen und Mehrweg-Gedanken stärken

**Stuttgart 23.1.2014 – Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) spricht sich für eine staatliche Abgabe von 22 Cent auf Einweg-Plastiktüten aus. Die geschätzten Einnahmen in Höhe von 70 Millionen Euro in Deutschland und sieben Millionen Euro in Österreich sollen für Umweltprojekte zweckgewidmet werden.**

„Wer Einweg-Tragetaschen aus Plastik verwendet, soll einen gerechten Anteil an ihren ökologischen Kosten tragen“, sagt SRzG-Vorstandsmitglied Bernhard Winkler. Plastiktüten stellen nur eines von vielen Symptomen der Wegwerfgesellschaft dar, haben aufgrund ihrer Beschaffenheit aber besonders lange währende Auswirkungen auf das Ökosystem: Werden sie nicht ordnungsgemäß verwertet, gelangen sie in die Natur und verschmutzen Landschaft und Weltmeere. Der Zersetzungsprozess von Plastiktüten dauert mehrere hundert Jahre, ihre Nutzung im Alltag durchschnittlich nur 25 Minuten.

Hunderte Jahre Umweltzerstörung als Preis für einige Minuten Bequemlichkeit: Das ist nicht generationengerecht. Für das Ausmaß der aktuellen Nutzung von Einweg-Tüten gibt es keine sachliche Rechtfertigung. Innerhalb der Europäischen Union werden pro Person laut EU-Kommission jährlich 198 Plastiktüten verbraucht. Länder wie Deutschland (71) und Österreich (51) liegen zwar deutlich unter dem EU-Schnitt, Finnland und Dänemark zeigen mit nur vier Stück Jahresverbrauch allerdings vor, dass eine deutliche Senkung möglich ist.

Die Diskussion um die Plastiktüte soll nicht einfach nur den Umstieg auf ein anderes Verpackungsmaterial zur Folge haben. Auch Papiertaschen weisen keine wesentlich vorteilhaftere Ökobilanz auf. Es geht darum, den Mehrweg-Gedanken zu stärken: Ein wiederverwendbarer Beutel soll beim Einkauf im Handel so selbstverständlich mit dabei sein wie die Geldbörse. Und die bei Obst verwendeten dünnwandigen Plastiktüten können bei behutsamem Gebrauch ohne Probleme ebenso mehrmals verwendet werden.

Um ein breitenwirksames Umdenken zu schaffen, ist die Bezahlpflicht für Plastiktüten erwiesenermaßen ein effektives Mittel: In Irland ist nach der Einführung einer Abgabe von 22 Cent der Jahresverbrauch pro Bürger von 328 auf 21 gesunken. Bei 22 Cent Abgabe und Senkung des Pro-Kopf-Jahresverbrauchs auf vier Stück wie in Skandinavien hätte Deutschland jedes Jahr 70 Millionen Euro zur Förderung von Umweltprojekten und Mehrweg-Kampagnen zur Verfügung, Österreich sieben Millionen.

STIFTUNG  
FÜR DIE RECHTE  
ZUKÜNFTIGER  
GENERATIONEN

Hausanschrift:  
Mannsperger Str. 29  
D-70619 Stuttgart

Tel. +49 (0) 711 /  
28052777

Fax +49 (0) 3212 /  
2805277

kontakt@srzg.de

[www.srzg.de](http://www.srzg.de)

**Medienkontakt:**

SRzG, kontakt@srzg.de – Festnetz: +49 (0) 711 / 28 05 27 77

Deutschland: Martin Speer – Mobil: +49 (0) 172 / 85 26 86 3

Wolfgang Gründinger – Mobil: +49 (0) / 151 40 51 76 32

Österreich: Bernhard Winkler – Mobil: +43 (0) 676 / 40 47 001

***Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen***

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist eine advokatorische Denkfabrik an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik und gilt als „bekanntester außerparlamentarischer Thinktank in Sachen Generationengerechtigkeit“ (Wirtschaftswoche). Sie wurde 1997 von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen, wird von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet und verfolgt das Ziel, durch praxisnahe Forschung und Beratung das Wissen und das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu schärfen. Die Stiftung ist finanziell unabhängig und steht keiner politischen Partei nahe.